



© frantic00 / Getty Images

PERSPEKTIVWECHSEL

Planen aus der Sozialraumorientierung

Im Interview mit der IzR-Redaktion erklärt Maria Lüttringhaus, warum sich barrierefreie Planung von Gebäude, Quartier und Stadt am Sozialraum orientieren sollte.



Foto: Maria Lüttringhaus

Dr. Maria Lüttringhaus

ist Geschäftsführerin des Instituts für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case-Management (DGCC) in Essen. Die Sozialpädagogin (FH)/Diplompädagogin ist zertifizierte Case-Management-Ausbilderin (DGCC) und tätig im Rahmen der Personal- und Organisationsentwicklung nach dem „Fachkonzept Ressourcen-, Lösungs- und Sozialraumorientierte Arbeit“. Ihre Arbeitsschwerpunkte: Gemeinwesenarbeit, Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe, Eingliederungs- und Behindertenhilfe, Integrationsmanagement, Öffnung von Kirchengemeinden.
ml@luettringhaus.info

Frau Lüttringhaus, was bedeutet Sozialraumorientierung für die Wohnungsbau-, Quartiers- und Stadtplanung?

Der Begriff der Sozialraumorientierung kommt ursprünglich vor allem aus der Einzelfallhilfe – also dort wo Menschen vor persönlichen großen Herausforderungen stehen, für die sie Unterstützung bekommen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn sie eine körperliche Beeinträchtigung haben, Schwierigkeiten in der Erziehung der Kinder, eine Suchtproblematik, Probleme in der Mobilität oder Schwierigkeiten mit Erkrankungen. Dann sucht man im Rahmen der sozialen Dienstleistungen nach Lösungen: Was kann die Person selbst machen? Wer aus dem sozialen Umfeld kann sie unterstützen? Und dann kommt eben der Blick in den Sozialraum, meist in den so genannten Nahraum, also in das Umfeld, die Nachbarschaft – je nachdem, wie es um die Mobilität des betroffenen Menschen bestellt ist. Hier schaut man, was es jenseits der eher „künstlichen“ institutionellen Unterstützungen für ganz normale Lösungswege geben kann. Diese Hilfen sind nicht nur normaler, sondern im Alltag auch dann da, wenn die professionelle Unterstützungshilfe eben nicht da ist oder beendet ist.

Die Begriffe, die sich in den Prinzipien der Sozialraumorientierung und den entsprechenden Gesetzen wiederfinden, sind immer wieder die Begriffe der Partizipation oder der Teilhabe. Wer im Planungsprozess sozialraumorientiert arbeiten will, muss sich also immer wieder fragen: Dient das, was ich da mache, dazu die Teilhabe von Menschen zu fördern? Das kann man in manchen Sektoren auch Inklusion nennen, woanders eher Integration. Es soll auf jeden Fall eine Planung sein, die Exklusion zum Beispiel aufgrund von Barrieren, Angsträumen oder Unwohlsein in bestimmten Räumen und Gegenden verhindern soll.

In Planungsprozessen gilt es also auch, den Dialog und Kontakt zu suchen – und zwar genau mit den Personengruppen, die derzeit durch Planungsprozesse verstärkt an der Teilhabe behindert werden.

Die Fachkräfte der sozialen Dienste wiederum werden derzeit verstärkt angehalten – auch gesetzlich, unter anderem im Bundesteilhabegesetz – diese Wechselwirkung in den Prozessen der Hilfeplanung zu berücksichtigen und zu beschreiben. Man muss also bei der Hilfeplanung nun die Frage beantworten, wer oder was diesen Menschen an der Teilhabe behindert und daran, die für sich definierten Ziele zu erreichen. Dementsprechend werden in den einzelfallbezogenen Diensten zukünftig vermehrt Informationen gesammelt, die den Planerinnen und Planern in der Regel nicht vorliegen.

Wo lässt sich künftig demnach verstärkt ansetzen?

Wir müssen uns fragen, wie sich dieses wichtige Wissen aus dem kostenpflichtigen Bereich der Einzelfallhilfe mit Planungsprozessen stärker verknüpfen lässt, auch um hier Kosten zu minimieren. Der Bedarf an Unterstützungsleistungen ließe sich zum Beispiel über das Senken von Zugangsschwellen und anderen Barrieren minimieren. Zukünftig ist stärker proaktiv zu agieren anstatt in den Einzelfällen reaktiv Kosten zu produzieren. Das gilt etwa für den größeren Assistenzbedarf, weil sich alleine eine Schwelle nicht überwinden lässt – zum Beispiel bei einem Arzt-, Kino-, Konzert- oder Cafébesuch, beim Toilettengang oder bei der Fahrt mit der Straßenbahn oder dem Bus.

Sinnvollerweise orientiert man sich an bestimmten Prinzipien der Sozialraumorientierung beziehungsweise Gemeinwesenarbeit. Das wichtigste Prinzip ist die Orientierung am Willen und an den Bedürfnissen der Menschen. Im Planungsprozess ist demnach nicht mehr zu fragen, was die Menschen brauchen, sondern was sie wollen. Und wenn es Ziel ist, Aktivitäten und Nachbarschaften zu befördern, geht es nicht darum, Menschen dazu zu motivieren, sondern Formen und Formen anzubieten, wie man die Motivation finden kann.

Bei Planungsprozessen geht es also um diese beiden Blickrichtungen: Wie können wir die Teilhabe des Einzelnen fördern? Und wie können wir die Teilhabe durch Förderung von Gemeinschaft, Nachbarschaft, Begegnung und Dialog fördern? Gesellschaftsförderung wird im Gegensatz zu Wirtschaftsförderung noch viel zu sehr vernachlässigt. Im Bereich der Wirtschaftsförderung ist es schon eine Selbstverständlichkeit, dass man in Planungsprozessen gegencheckt, inwieweit die entsprechenden Prinzipien berücksichtigt werden – wie die Anbindung an die Infrastruktur und vieles mehr. Ich bin immer wieder erstaunt, dass man nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit und mit dem gleichen Betrag an Fördermitteln Gesellschaftsförderung betreibt.

Sie haben es ja schon angeschnitten: Warum ist Sozialraumorientierung wichtig in der barrierefreien Planung von Gebäude, Quartier und Stadt?

Orientieren wir uns am obersten Prinzip der Sozialraumorientierung: Was wollen die Menschen? Was sind deren Bedürfnisse? Dann ermöglicht Handeln nach dem Fachkonzept Sozialraumorientierung die Integration von Top-down-Planungsprozessen mit Bottom-up-Prozessen.

Menschen, die auf barrierefreie Zugänge angewiesen sind, sind Experten in Planungsprozessen für diesen Bereich und sollten auch als solche im Planungsprozesse mit einbezogen werden. Sonst würden wir Exklusion befördern oder haben im Nachhinein überflüssige Kompensationskosten.

Ich selbst staune immer wieder über die Kleinigkeiten die man berücksichtigen muss, die einem als „gesunder“ Außenstehender einfach nicht bewusst sind. Seit meine Tochter durch eine neurologische Erkrankung im Rollstuhl sitzt, habe ich einen geschärften Blick. Die Erfahrung aus meinem Alltag zeigt, wie sehr man durch Planungsprozesse, die Barrierefreiheit überhaupt nicht berücksichtigen, von der Teilhabe ausgeschlossen ist. Und das hat auch hohe Folgekosten.

In der von mir gegründeten selbstbestimmten Wohngemeinschaft für junge Menschen mit Körperbehinderungen haben wir zum Beispiel festgestellt, wie hoch der Mehrbedarf ist an Assistenzleistungen aufgrund schlechter Planungsprozesse oder Barrieren: So kommt man in unserem Stadtteil beispielsweise nicht barrierefrei zum Arzt oder Physiotherapeuten. Wenn zugleich auch Bus und Bahn nicht oder kaum barrierefrei sind, führt das zu hohen Mehrkosten in der einzelfallbezogenen Hilfe und letztlich auch zu mehr Kosten für die Steuerzahlerinnen und -zahler. Ich würde dieses Geld lieber proaktiv investiert sehen: in Rampen, um Zugänge zu Institutionen, Ärzten, Cafés zu ermöglichen – und das immer, wenn man es will. Deshalb starten wir derzeit mit dem Landschaftsverband Rheinland und der Landschafts-



Foto: Ina Schürmann

In vielen Städten kommen Menschen mit Behinderung ohne Hilfe nicht ans Ziel

versammlung ein Projekt mit der Idee, derartige Informationen aus den Hilfeplänen auf Stadtteilebene zu bündeln, um Planungsprozesse zu unterfüttern.

Welche Haltung bei Planerinnen und Planern sowie Architektinnen und Architekten dient der Planung aus einer Perspektive der Sozialraumorientierung?

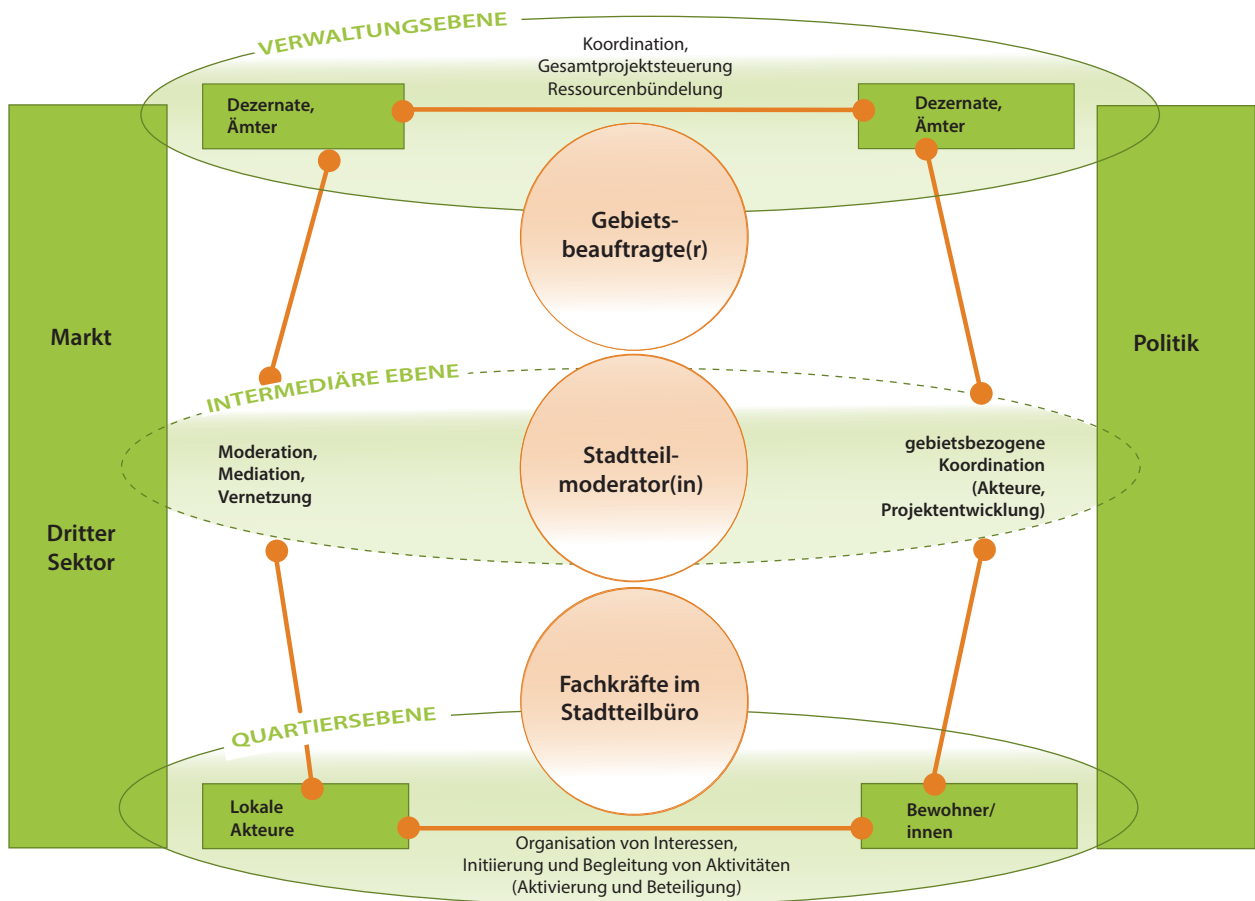
Aus meiner Sicht ist das wichtigste der Perspektivwechsel: Was wäre, wenn ich morgen einen Schlaganfall hätte und im Rollstuhl säße? Das kann jedem sofort passieren. Die zweite

Haltung wäre sich der Herausforderung zu stellen, Ästhetik nicht über gesellschaftliche Ziele zu heben wie die der Barrierefreiheit, der Begegnungsräume, des Wohlfühlens verschiedenster Personengruppen. Die Gesellschaftsförderung hat Priorität – natürlich immer verknüpft auch mit den aktuellen Fragen des Klimaschutzes. Die dritte Haltung wäre: Offenheit und Neugierde auf Lernprozesse durch Partizipation für prozesshafte Planung.

Wie können Städte, Gemeinden, Kommunen und Bund eine sozialraumorientierte Planung in Quartier und Stadt stärker fördern?

1

Die dreiteilige Struktur des Deutschen Instituts für Urbanistik benennt integriertes Handeln auf drei Ebenen



Quelle: verändert nach Franke/Grimm 2001 (Deutsches Institut für Urbanistik; ISSAB; Universität Essen)

Im Förderprogramm Soziale Stadt wurden Strukturen ausprobiert und letztlich das Modell des Quartiermanagements in seiner Wirkung ja immer wieder bestätigt. Ich halte das Modell des Quartiermanagements für eine Daueraufgabe und zwar nicht nur in benachteiligten Quartieren, wie das im Programm Soziale Stadt der Fall war. Das gilt insbesondere angesichts der Herausforderung von Teilhabeförderung – egal, ob wir die jetzt Inklusionsförderung nennen oder Integration von Menschen anderer Kulturen oder älteren Menschen – und Fragen des Klimaschutzes, die auch immer ein tatsächliches Handeln vor Ort erfordern. Wir müssten jetzt diese Logik und die hier bewährten Strukturen übertragen. Das betrifft insbesondere die dreiteilige Struktur des Deutschen Instituts für Urbanistik, das integriertes Handeln auf drei Ebenen benennt: die Verwaltungsebene mit auf Stadtteile bezogenen Gebietsbeauftragten, die bereichsübergreifend die Themen und Informationen und Prozesse sondieren und bündeln. Dann eine aktivierende und unterstützende Instanz, die im Stadtteil verortet ist, die in der Regel Stadtteilarbeit genannt wird oder Gemeinwesenarbeit. Und als Zwischenebene eine Instanz die als Brückeninstanz

zwischen den beiden Welten agiert – die so genannte intermediäre Instanz, oftmals Quartiermanagement oder Stadtteilmoderatorin und -moderator genannt.

Wie kann Partizipation im Quartier gelingen?

Hier habe ich vor Jahren schon ein Modell entwickelt, das man als Folie nutzen kann, um Prozesse der Partizipation realistisch anzugehen und nicht durch den Prozess selbst schon Exklusion zu betreiben. Es gilt, die Stufen von Partizipation zu berücksichtigen und deren Voraussetzungen dafür. Wer Partizipation auf einer viel zu hohen Stufe ansetzt, befördert einen Sozialdarwinismus, indem er Menschen ausschließt, die nicht die Fähigkeit besitzen, bereits auf dieser Stufe teilzuhaben. Klassische Planungsprozesse wie Runde Tische, Perspektiven- und Planungswerkstätten schließen aufgrund ihrer Zugangsschwellen viele Menschen aus. Deshalb braucht es vielfältige Formen und Foren, die Informationen für Planungsprozesse liefern.

2

Determinanten politischer Partizipation

Positive Veränderungen und Erfahrungen wirken wiederum verstärkend

- gesellschaftliche und politische Strukturen und Verhältnisse (z. B. Macht- und Eigentumsverhältnisse; Finanzsituation; Gesetze; Satzungen)
- Zugangsschwellen der Partizipationsformen
- Zeitbudget
- Partizipationskultur
- gesellschaftliche Wertigkeit von Partizipation
- Innovationsfähigkeit des Milieus
- Betroffenheit
- ökonomische Lage
- Partizipationsangebote
- Kommunikationssystem
- Milieu
- materielle und personelle Ressourcen

objektiv-strukturelle Grundlagen

Selbstverwalten
4. Partizipationsstufe

Mitentscheiden
3. Partizipationsstufe

Mitwirken
2. Partizipationsstufe

Informieren
1. Partizipationsstufe

Nichtbeteiligung

Konflikt- bzw. Entscheidungssituation

Positive Veränderungen und Erfahrungen wirken wiederum verstärkend

- Demokratieverständnis
- Menschenbild der Entscheiderinnen
- Einstellungen zum pol. Verhalten
- Partizipationserfahrungen
- Vertrauen in Veränderungsprozesse
- Selbst-, Sozial- und Systemvertrauen
- Interesse
- Informationsverhalten
- Sozial- und Bildungspotenzial
- Integrationsgrad
- räumliche Identität

subjektive Grundlagen

(in Anlehnung an Buse et al. 1977; S. 22)

Quelle: verändert nach Lüttringhaus/Richers 2018

Wenn Sie es abschließend in wenigen Worten zusammenfassen könnten: Welchen Mehrwert hat eine Planung aus der Sozialraumperspektive für die Gesellschaft, für uns alle?

Die Förderung von Teilhabe auch für die Menschen mitzudenken, die sich sonst schwer tun, heißt ja letztlich, dass wir diesen Menschen wieder vermehrt begegnen können. Ich halte Begegnungen und die Entwicklung von Nachbarschaften und vielfältigen Formen von Gemeinschaft für ganz zentral, vor allem auch mit Blick auf die demografische Entwicklung und die Tatsache, dass wir die klimatischen Herausforderungen auch nur mit viel Gemeinschaftssinn

stemmen können. Und da wir alle älter werden – und das geht schneller, als man sich das als junge Planerin oder junger Planer vielleicht vorstellen kann – müsste man Planungsprozesse immer so ein bisschen planen, als würde man für sich selbst im Alter planen. All die Bemühungen ließen sich auch altruistischer betrachten: Das mache ich für mich und letztlich auch für uns. Wer weiß wann wir mal oder unser Bekanntenkreis, die eigene Mutter, der Vater genau solche Rahmenbedingungen braucht.

Frau Lüttringhaus, vielen Dank für das Interview!
